

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Gestatten Sie vier Anfragen? Weitere Anfragen lasse ich dann nicht zu.

(Prof. Dr. Steinberg: Ja.)

**Weis (SPD):**

Herr Professor Steinberg, Sie werfen uns Unkenntnis oder Unwissenheit vor. Sind Sie nicht der Meinung, daß die darin begründet ist, daß Sie eine verfehlte Informationspolitik dem Parlament gegenüber betrieben haben?

**Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie- und Reaktorsicherheit:**

Den Vertragsinhalt betreffend - wenn Sie den Inhalt derartiger Verhandlungen kennen und die Treuhandanstalt, auch durch die Arbeitsgruppe des Wirtschaftsausschusses, wo ja der Abgeordnete Nooke und Herr Dr. Steinecke beteiligt waren, und diese beiden Abgeordneten zumindest kennen die Schwierigkeiten der Verhandlungen, dann können Sie sich vorstellen, daß es vollkommen unmöglich ist, derartige Verhandlungen in der Öffentlichkeit des Parlaments überhaupt zustande zu bringen. Die Kontrollmöglichkeit für das Parlament besteht über die Treuhandanstalt, und selbstverständlich sind, wie ich ausgeführt habe, die Beschlüsse der Volkskammer dabei berücksichtigt worden.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Bitte die nächste Anfrage.

**Jauch (SPD):**

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß es mehr als 150 Initiativen von kleinen und mittleren westdeutschen Energieversorgungsunternehmen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 5 Mrd. DM gab und gibt? Ist Ihnen klar, daß diese Initiativen durch diesen Vertrag weitgehend blockiert werden und damit das gesamte Investitionsvolumen für die Energiewirtschaft in der DDR - mit dem Vertrag werden etwa 2 Mrd. in Aussicht gestellt - geringer sein wird? Liegt in diesem Zusammenhang nicht der Verdacht nahe, daß die Verhandlungsführer auf DDR-Seite nur im Interesse der drei BRD-Großunternehmen und in ihrem eigenen Interesse gehandelt haben, zu Lasten der zukünftigen ostdeutschen Länder?

**Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umweltschutz, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:**

Alle bei uns schriftlich vorliegenden Anträge und Bewerbungen von kleineren Energieversorgungsunternehmen sind eigentlich in dem Vertrag berücksichtigt, und wie Sie sicherlich eben verfolgt haben, sind es insgesamt 11 Energieversorgungsunternehmen in diesem Vertrag.

(Jauch, SPD: Das ist natürlich klar, daß dann die Interessen zurückgehen.)

Weitere schriftliche Wünsche dafür liegen nicht vor. Aber es besteht darüber hinaus ja durchaus die Möglichkeit, sich daran zu beteiligen, es gibt doch noch einen ganz schönen Freiraum.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ja bitte.

**Dr. Dörfler (Bündnis90/Grüne):**

Herr Minister, Ihnen ist sicher bekannt, daß täglich - ich betone täglich - eine bis zwei Millionen Mark in Stendal im Kern-

kraftwerk verbaut werden. Sie haben selbst gesagt, daß die bundesdeutschen Unternehmen hier nicht einsteigen, sondern nur beraten, ihnen ist offenbar das Risiko viel zu groß. Im übrigen gilt das bundesdeutsche Atomgesetz in der DDR. Wie können Sie einen Weiterbau überhaupt verantworten und eine solche immense Verschwendung von Volksvermögen, wenn es nicht klar ist, ob dieses Kernkraftwerk überhaupt jemals eine Kilowattstunde liefern wird?

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und der SPD)

**Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umweltschutz, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:**

Zunächst bezog sich meine Aussage, daß keine verantwortliche Geschäftsversorgung durch die genannten Beteiligter am Stromvertrag stattfindet, nur auf die Blöcke 1 bis 4 in Greifswald und das KKW Rheinsberg, daß sie sich aber in die Geschäftsordnung für die Blöcke 5 bis 8 und 1 und 2 in Stendal einschalten. Insofern muß ich ihre Aussage präzisieren.

Im übrigen ist heute nicht erkennbar, ob diese Blöcke nach dem Sicherheitsstandard des Atomgesetzes der DDR - und das entspricht inhaltlich und auch wörtlich seit dem 1. Juli dem der Bundesrepublik Deutschland - genehmigungsfähig werden. Insofern muß ich Ihnen recht geben. Es arbeiten Expertengruppen daran, diese Genehmigungsfähigkeit mit den entsprechenden sicherheitstechnischen Auflagen - Voraussetzung ist selbstverständlich: Nur allerhöchster Sicherheitsstandard kann überhaupt zu einer Genehmigung führen - zu erreichen. Diese Arbeiten laufen, sie sind nicht abgeschlossen, sie erfordern noch einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten, Gerade deshalb brauchen wir die besten Leute auf diesem Gebiet, um das überhaupt bewerten zu können. Es arbeiten auch Arbeitsgruppen daran, die aus beiden Noch-Teilen Deutschlands kommen.

Weiterhin gilt: Eine sofortige Stilllegung oder Einstellung des Baubetriebes würde nicht nur eine Zahl von knapp 20 000 Arbeitskräften sofort freisetzen, sondern würde im übrigen auch teurer sein als ein gezieltes Weiterbauen.

(Unruhe im Saal)

Denn es sind Verträge abgeschlossen, es sind durch die bauausführenden Betriebe eine Reihe von Vorleistungen erfolgt. Die Analyse meiner Experten hat ergeben: Sofortiges Einstellen ist teurer als Weiterbauen.

(Unruhe im Saal)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Minister. Ich rufe als nächsten Redner von der Fraktion der DSU den Abgeordneten Schmiele auf.

**Dr. Schmiele für die Fraktion der DSU:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zum einen eine Bemerkung zu dem Vorredner von der PDS. Es kommt mir eigenartig vor, wenn ich die Vorträge der PDS-Redner hier höre. Ich denke immer: Ich bin in einer Sendung namens „Wünsch Dir was“. Keiner von ihnen ist bereit, die Forderung, die sie zu jedem Thema aufmachen - und zu jedem Thema stellen sie sich so, daß sie sich möglichst viele Wählerstimmen erhoffen können -

(Beifall bei CDU/DA und der DSU - Gegenrufe von der PDS)

keiner von ihnen ist bereit, die Rechnung darüber aufzumachen. Aber das kennen wir ja aus dem Parteivermögen.

(Beifall bei CDU/DA und der DSU)

Ich bin der Auffassung, daß das jetzige Konzept, das uns hier zur Energieversorgung vorgelegt wird, zwar nicht optimal ist,